

Beschluss Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit Stabile, günstige und zukunftsfähige Energieversorgung

Gremium: LDK

Beschlussdatum: 11.11.2023

Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag „Grün wirkt – für die Menschen, für gutes Klima und für gute Arbeit“

Antragstext

1 Die Vorgänger-Bundesregierungen haben mit ihrer Politik von vorgestern jahrelang
2 auf fossiles Öl, Kohle und Gas gesetzt, sich in Abhängigkeiten begeben und den
3 Ausbau der sauberen Energie und der Netze ausgebremst. Viele hunderttausend
4 Arbeitsplätze etwa in der Wind- und Solarbranche wurden dadurch vernichtet.
5 Gleichzeitig verschlimmern die fossile Energiekrise und die Inflation, die
6 Putins verbrecherischer Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst hat, die
7 Armutslage weiter. Den Preis für diese kurzfristige Energiepolitik mussten und
8 müssen die Bürger*innen zahlen. Im letzten Jahr stiegen die Preise für Strom,
9 Heizen und Lebensmittel im Rekordtempo. Viele Millionen Menschen wussten und
10 wissen nicht, ob und wie sie ihre Heizkosten bezahlen sollen. Von Armut
11 betroffene Menschen und insbesondere Alleinerziehende und deren Kinder treffen
12 die Preissteigerungen besonders hart. Verunsicherungen und Angst sind die Folge.
13

14 Nun haben wir Grünen den Schalter umgelegt: Die Bundes- und Landesregierung hat
15 im Rekordtempo mit umfangreichen Hilfsprogrammen die Menschen vor steigenden
16 Energiepreisen bewahrt und die geleerten Gasspeicher im Rekordtempo wieder
17 aufgefüllt. Damit Energie auch in Zukunft gesichert ist und wieder bezahlbar
18 wird, investieren wir massiv in den Ausbau der Energie aus Wind, Sonne und
19 Erdwärme. Zugleich schaffen wir den politischen Rahmen, damit sich möglichst
20 viele aktiv an dem Umstieg auf saubere und sichere Energie beteiligen und davon
21 profitieren können. Wir wollen Niedersachsen zum Land der GRÜNEN Industrien und
22 guten Arbeitsplätze mit klimaneutralem Stahl, Wärmepumpen, Elektromobilität,
23 Speichern, Wasserstoff, Wind- und Solarenergie machen. Niedersachsen wird zum
24 Energiewende- und Transformationsland Nr. 1 in Deutschland.

25 Wir wollen Strom und Heizen für alle Menschen bezahl- und planbar machen. Im
26 Bund haben wir mit dem Wind-an-Land-Gesetz, der Novelle des Erneuerbaren-
27 Energien-Gesetzes (EEG), den Solar- und Windpaketen und zahlreichen weiteren
28 Vorgaben und Fördermaßnahmen dafür gesorgt, dass der Ausbau der Energie aus
29 Sonne, Wind und Erdwärme endlich wieder Fahrt aufnimmt. Seit Herbst letzten
30 Jahres gehen wir diesen Weg auch in Niedersachsen sehr konsequent: Wir werden
31 die Windkraftfläche bis 2026 mehr als verdoppeln, die Solarenergie auf Dächern,
32 über Parkplätzen aber auch auf der Freifläche massiv ausbauen und wir sorgen
33 dafür, dass Niedersachsen zur Drehscheibe für grünen Wasserstoff wird.

34 Wir wollen, dass die Menschen nicht nur als Konsument*innen von günstigen
35 Energiepreisen der Energiewende profitieren, sondern sich auch als
36 Produzent*innen selbst beteiligen können. So soll ein Beteiligungsgesetz
37 Investor*innen verpflichten, den Bürger*innen und den Kommunen anzubieten, sich
38 an Windpark- und Freiflächen-PV-Projekten zu beteiligen. Mit der Task Force
39 Energiewende beschleunigen und erleichtern wir die Genehmigungen von
40 Erneuerbaren Energien für die Bürgerinnen und Bürger. Dank grüner

41 Regierungsbeteiligung im Bund und Land werden Balkonkraftwerke, Mieterstrom und
42 Bürgerenergien endlich besser unterstützt.
43 Außerdem werden wir im Land gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass die
44 Wärmewende vor Ort umgesetzt wird. Die verlässliche Grundlage dazu bildet das
45 Gebäudeenergiegesetz. Es sorgt dafür, dass alle, die ein Haus oder eine Wohnung
46 besitzen, beim nächsten Heizungstausch in zukunftsfähige Anlagentechnik
47 investieren und diese auch bezahlen können. Damit wollen wir das Ziel der
48 Klimaneutralität bereits im Jahr 2040 erreichen und sorgen dafür, dass
49 Niedersachsen zum Nachhaltigkeitspionier des Klimaschutzes wird.

50 Auf die Kommunen kommt es an
51 Wir GRÜNEN setzen die Energiewende vernetzt um – zum Wohle der Menschen und der
52 Wirtschaft zwischen Harz und Heide. Die Weichen für eine klimaneutrale und
53 bezahlbare Energieversorgung der Zukunft stellen zwar der Bund und das Land,
54 aber das Umsetzen geschieht in den Kommunen. Die Kommunen sind es, die die
55 Standorte abgrenzen und ausweisen, um die Windkraftfläche in Niedersachsen wie
56 geplant zu verdoppeln. Die Kommunen weisen die Gebiete für den Bau von
57 Freiflächen-PV aus und schaffen damit die Möglichkeit der Beteiligung der
58 Bürger*innen am Ausbau der Erneuerbaren – um für die nötige Akzeptanz zu sorgen
59 und die regionale Wertschöpfung zu steigern. Die größte kommunale Aufgabe
60 besteht jedoch darin, die Wärmewende voranzutreiben. Dabei ist die kommunale
61 Wärmeplanung nur der erste Schritt: Es müssen Nah- und Fernwärmenetze geplant,
62 gebaut und mit erneuerbaren Energien betrieben und der Ausstieg aus dem
63 Gasverteilernetz geplant werden. Um die kommunale Ebene bei dieser riesigen
64 Aufgabe bestmöglich zu unterstützen, starten wir GRÜNE heute die Aktion
65 „Energiewende vor Ort gestalten“. Unser Ziel ist es, eine Plattform zu schaffen
66 für den Erfahrungsaustausch und schnellen Wissenstransfer zwischen dem Bund, dem
67 Land und den Kommunen.

68 Die Energiewende stärkt unsere Demokratie
69 Funktionierende Demokratien brauchen eine stabile und sichere Energieversorgung.
70 Deswegen strebt die niedersächsische grüne Energiewende nicht nur Energie-
71 Sicherheit und Energie-Unabhängigkeit an, sondern auch eine bezahlbare,
72 nachhaltige und vor allem eine demokratische Energieversorgung. Demokratische
73 Energieversorgung bedeutet eine allen zugängliche, für alle bezahlbare und
74 sichere Versorgung mit Energie. Eine weitere Ebene der demokratischen
75 Energieversorgung – die uns besonders wichtig ist – meint jedoch noch etwas
76 anderes: Bei der Umsetzung der Energiewende sind alle gesellschaftlichen Akteure
77 und insbesondere die Menschen vor Ort gefragt, sich einzubringen. Es geht dabei
78 um die Möglichkeit, sich individuell zu beteiligen an einer Anlage, die Energie
79 erzeugt. Darüber hinaus streben wir auch eine Demokratisierung der
80 Energiekonzerne selbst an. Energiegenossenschaften und kommunale Stadtwerke sind
81 in diesem Fall Vorzeigebispiele. Um die demokratische Kontrolle und Beteiligung
82 in der Energiewirtschaft zu steigern, setzen wir uns auch für eine schrittweise
83 Vergesellschaftung von Energiekonzernen und -infrastruktur in Niedersachsen ein.
84 Wie und ob das möglich ist werden wir intensiv prüfen. Das sorgt dafür, dass die
85 Profite in der Hand der Bürger*innen bleiben, die Preise einer demokratischen
86 Kontrolle unterliegen und der Ausbau der erneuerbaren Energien gezielt
87 vorangetrieben werden kann. Auch die Rekommunalisierung bereits privatisierter
88 Anteile von Stadt- und Gemeindewerken ist ein wichtiger Baustein. Wir setzen uns
89 dafür ein, dass das Land Niedersachsen seine Kommunen bei dieser großen Aufgabe
90 unterstützt.

91 Obwohl wir über innovative technologische Lösungen verfügen, braucht es für eine
92 vollständige gelungene Transformation eine breite Akzeptanz und die Möglichkeit,
93 mitzuwirken. Wir setzen uns für transparente und frühzeitige
94 Bürger*innenbeteiligungen ein. Für Konfliktfälle wollen wir eine Ombudsstelle
95 ins Leben rufen, die zwischen Anwohnern*innen, Umweltverbänden und den
96 Vorhabenträger*innen vermittelt. Die innovativen technologischen Fortschritte,
97 die Veränderungen auf den Energiemärkten und vor allem der Klimawandel führen
98 dazu, dass mehr Bürger*innen sich an der Energiewende beteiligen wollen. Die
99 sozialen Aspekte der grünen Transformation sind zugleich zutiefst politisch. Vor
100 allem für Mieter*innen müssen die Möglichkeiten, sich zu beteiligen und zu
101 profitieren, verbessert werden. Deswegen setzen wir uns in Niedersachsen für
102 eine starke Demokratisierung der Energieversorgung und stärken
103 Bürgerenergiegenossenschaften und kommunale Stadtwerke .

104 Die Energiewende sichert unseren Wohlstand

105 In der aktuellen Phase wirtschaftlicher Schwäche erleben wir die Folgen einer
106 ausgebliebenen Modernisierung unseres Wirtschaftsmodells. Statt in
107 ressourcenschonende Zukunftstechnologien zu investieren, haben vergangene
108 Regierungen zu lange auf alte Geschäftsmodelle gesetzt, die wesentlich auf
109 fossilen Rohstoffen beruhten, insbesondere auf Erdöl und Erdgas.
110 Um unsere Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft zu erhalten und damit Wohlstand und
111 Arbeitsplätze zu sichern, müssen wir deshalb 1. die begonnene wirtschaftliche
112 Modernisierung entschieden weiter vorantreiben, 2. Unternehmen Brücken in der
113 Transformation bauen, um den Verlust wirtschaftlicher Strukturen zu vermeiden
114 und 3. betroffenen Arbeitnehmer*innen in der Phase der Unsicherheit eine klare
115 Perspektive bieten.

116 Den Menschen Sicherheit geben – die Transformation aktiv unterstützen

117 Klimaschutz kann ein Konjunkturprogramm insbesondere für unsere mittelständische
118 Wirtschaft, die Industrie und das Handwerk sein: Windkraft- und Solaranlagen
119 müssen produziert, errichtet, gewartet und gemanaget, Fernwärme- und Stromnetze
120 müssen ausgebaut und betrieben werden. Ohne eine starke Wirtschaft mit gut
121 ausgebildeten Mitarbeiter*innen wird das nicht gelingen. Daher hat das Land eine
122 Fachkräfteinitiative gerade für die grünen Berufe gestartet. Wer bisher noch Öl-
123 und Gas-Heizungen einbaute, kann jetzt auf Wärmepumpen umgeschult werden. Wer
124 bislang Dieselmotoren produziert hat, soll die in Zukunft Windräder und
125 Solarmodule. Insgesamt bieten die Energiewende und Transformation viele neue
126 Beschäftigungsmöglichkeiten in Zukunftsbranchen, die auch Exportmärkte
127 erschließen. Das bedeutet: Beschäftigte werden sich aufgrund des
128 Transformationsprozesses im Laufe ihres Erwerbslebens umstellen müssen. Damit
129 das möglich ist, brauchen Beschäftigte eine ausreichende Weiterbildungszeit, in
130 der sie bemessen an ihrem bisherigen Einkommen finanziell abgesichert sind.
131 Deshalb unterstützen wir die Pläne der Ampelkoalition im Bund zur Einführung
132 einer einjährigen Weiterbildungszeit. Zudem macht der kontinuierliche Wandel der
133 Arbeitswelt eine kontinuierliche Folgenabschätzung unabdingbar. Deshalb werden
134 wir gemeinsam mit den Sozialpartner*innen sowohl landesweit wie auch regional
135 Transformationsbeiräte einrichten, die die Entwicklung ständig im Blick haben
136 und gemeinsam mit den Betroffenen geeignete Formate für Weiterbildungs- und
137 Unterstützungsmaßnahmen entwickeln.

138 Unserer Wirtschaft eine Brücke bauen

139 Der Grundsatz „Industrie folgt Energie“ gilt immer noch und deshalb hat die
140 niedersächsische Landesregierung bereits sehr früh das Modell eines Brücken-

141 oder Transformationsstrompreises entwickelt. Dieser soll Betrieben, die sich auf
142 den Weg der Klimaneutralität begeben oder Zukunftsbranchen wie der Solar- oder
143 Batterieproduktion die Wettbewerbsfähigkeit sichern, bis der Ausbau der
144 Erneuerbaren weiter fortgeschritten ist und die Preise wieder sinken. Dieses
145 Modell wird inzwischen grundsätzlich auch von Gewerkschaften wie
146 Arbeitgeberverbänden gefordert. Der möglichst rasche Ausbau der sauberen
147 Energien ist für den Erfolg des Transformationsstrompreises entscheidend. In den
148 Genuss von den Steuerzahler*innen vorübergehend subventionierter Energie dürfen
149 konsequent nur solche Industriebetriebe kommen, die aktiv zur Transformation hin
150 zu einem nachhaltigen Wirtschaften beitragen. Dazu zählt zum Beispiel das
151 Bereitstellen von kostengünstiger erneuerbarer Energie oder das Investieren in
152 energiesparende Produktionsverfahren. Damit die niedersächsischen
153 energieintensiven Industrien wie Salzgitter-Stahl oder VW zukunfts- und
154 wettbewerbsfähig bleiben und zugleich ihren Umbau hin zu einer klimaneutralen
155 Produktion vorantreiben können, brauchen sie endlich Planungssicherheit – die
156 der Industriestrompreis bietet. Er darf jedoch kein Freibrief dafür sein, sich
157 zurückzulehnen und den Status Quo beizubehalten. Er muss entsprechend zeitlich
158 begrenzt sein. Eine Brücke ins Nirgendwo lehnen wir ab.

159 Die Energiewende in Europa - eine Chance für Niedersachsen

160 Energie entwickelt sich mehr und mehr zu einem entscheidenden Standortfaktor.
161 Vor allem die Industrie braucht Strom und Wärme, die kostengünstig und
162 verlässlich verfügbar sind. Außerdem benötigt sie Ausgangsstoffe für viele
163 industrielle Prozesse wie Wasserstoff oder Ammoniak, die in Zukunft mit grünem
164 Strom hergestellt werden. Hierin liegen große Chancen für Niedersachsen. Wir
165 begrüßen die Vorhaben großer Niedersächsischer Unternehmen wie Volkswagen oder
166 der Salzgitter AG, sich neue, nachhaltige Geschäftsmodelle zu erschließen und
167 wollen auch andere Unternehmen auf diesem Weg unterstützen. Deshalb ist es
168 wichtig, dass die neue Landesregierung die Finanzierung für solche Vorhaben
169 verbessern und die NBank zu einer echten Investitionsbank weiterentwickeln will.
170 In Niedersachsen vereinen sich große Potenziale zur Bereitstellung und
171 Speicherung von Energie aus Sonne und Windkraft. Darüber hinaus verfügt
172 Niedersachsen über leistungsfähige Häfen, die wir zur europäischen Drehscheibe
173 ausbauen wollen: für das Importieren regenerativ erzeugter Energie und als Basis
174 für den Ausbau der Offshore Windenergie. Der „Initiative European Hydrogen
175 Backbone“ zufolge spielt Niedersachsen zudem als wichtiger Verbindungsknoten der
176 europäischen Wasserstoff-Transportinfrastruktur eine strategische Rolle.
177 Allerbeste Standortbedingungen also.
178 Wir unterstützen deshalb nach Kräften die Pläne, Wilhelmshaven zum Zentrum des
179 Imports und zu einem Hotspot der Produktion von grünem Wasserstoff und seinen
180 Derivaten zu entwickeln. Denn in Wilhelmshaven haben wir mit dem einzigen
181 deutschen Tiefwasserhafen, den nahen, auf Wasserstoffprodukte umrüstbaren
182 Kavernenspeichern in Etzel und in der Krummhörn, sowie mit der im
183 Genehmigungsverfahren befindlichen Anbindung an die Offshore-Windkraftwerke die
184 allerbesten Voraussetzungen. Wir unterstützen die Entwicklung Cuxhavens zum
185 bedeutendsten Basishafen und Emdens als wichtigen Servicehafen für den Ausbau
186 der Offshore-Windenergie in der deutschen Nordsee. Damit unsere heimische
187 Wirtschaft vom schnellen Ausbau der Erneuerbaren profitiert, wollen wir
188 Unternehmen den Zugang zu günstigem, regional erzeugtem erneuerbarem Strom,
189 erleichtern. Daher setzen wir uns für Vereinfachungen bei Direktlieferverträgen
190 (PPA) insbesondere im Hinblick auf hohe Durchleitungsgebühren Netzentgelte ein.
191 Auch das Handwerk, das mit seinen kleinen und mittelständischen Betrieben

192 Rückgrat unserer Wirtschaft ist, ist bei der Umsetzung der Energiewende sehr
193 zentral. Wir GRÜNEN stehen dafür, Niedersachsens günstige Standortbedingungen zu
194 nutzen. Um die Energiewende und den Transformationsprozess unserer Wirtschaft zu
195 beschleunigen, haben drei unserer rot-grünen Minister*innen unter der
196 Federführung unseres Umweltministers Christian Meyer gemeinsam eine Task-Force
197 Energiewende gegründet, in der die Expert*innen der verschiedenen Ministerien
198 und wesentliche gesellschaftliche Akteur*innen zusammenarbeiten.

199 Klimaziele erreichen – Bauen und sparen

200 Die energiebedingten CO₂-Emissionen haben in Niedersachsen im Jahr 2022 einen
201 neuen Tiefstand erreicht. Zwischen 1990 und 2022 sind diese von 76,8 Millionen
202 Tonnen Kohlenstoffdioxid um fast 28 Prozent auf 55,4 Millionen Tonnen gesunken.
203 Für unser Ziel der Reduzierung um 75 Prozent bis 2030 müssen wir unsere
204 Anstrengungen aber deutlich erhöhen. Nur der massive Ausbau der erneuerbaren
205 Energien und vermehrte Anstrengungen zur Energieeffizienz und Energiesparen
206 machen die Klimaziele erreichbar.

207 Der Verkehrssektor ist neben dem Gebäudesektor derjenige, welcher bislang am
208 wenigsten zur Erreichung unserer Klimaziele beigetragen hat. Mit z.B. dem
209 Deutschlandticket, dem Niedersächsischen Reaktivierungsprogramm für stillgelegte
210 Bahnstrecken und der Reform des Straßenverkehrsgesetzes haben wir wichtige
211 Schritte in Richtung Verkehrswende gemacht die eine klare grüne Handschrift
212 tragen. Um den Klimaschutz deutlich voranzubringen, treiben wir die Förderung
213 des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNVs weiter energisch voran. Einen
214 Mobilitätsplan des Verkehrsministeriums unterstützen wir, wenn er einen klaren
215 Fokus auf den öffentlichen Nahverkehr und eine Verknüpfung mit dem Umweltverbund
216 hat. Mit einer Verkehrswende, die sozial gerecht und barrierefrei gestaltet
217 wird, wird der Verkehrssektor einen ausreichenden Beitrag zur Einsparung von
218 Energie leisten.

219 Wir verdoppeln die Windkraftfläche

220 Wir GRÜNE zeigen, wie die Energiewende unsere Wirtschaft und unsere Demokratie
221 stärkt. Mit uns Grünen bleibt Niedersachsen Windland Nr. 1. Wir werden die mit
222 Windkraftanlagen bebaubare Fläche in Niedersachsen bis 2026 mindestens
223 verdoppeln. Dafür bekommt jeder Träger der Regionalplanung – also Landkreise,
224 kreisfreie Städte, die Region Hannover und der Großraum Braunschweig – vom Land
225 eine konkrete Flächenvorgabe, welchen Anteil der öffentlichen Flächen für die
226 Nutzung von Windenergie mindestens bereitzustellen sind. Gleichzeitig achten wir
227 darauf, dass niemand überfordert wird. Es wird trotz der ambitionierten Vorgaben
228 überall Spielräume geben für eigene, regionalspezifische Standortkriterien für
229 den Ausbau der Windenergie. Um die Menschen vor Ort bestmöglich am
230 Windkraftausbau zu beteiligen, treten wir dafür ein, die Bürger*innen intensiv
231 bei den Standortentscheidungen vor Ort einzubeziehen. Dabei hat für uns GRÜNE
232 die bestmögliche Berücksichtigung des Naturschutzes hohe Priorität – das gilt
233 nicht zuletzt für den Schutz des Waldes. Über die geschützten Waldflächen hinaus
234 setzen wir uns bei der Ausweisung von Windkraftstandorten auf kommunaler Ebene
235 dafür ein, möglichst keine naturnahen Waldflächen, sondern Offenlandstandorte in
236 Anspruch zu nehmen. Vorbelastete Flächen oder naturferne Nadelholzforste sind
237 jedoch grundsätzlich als Windkraftstandorte geeignet. Und auch in Niedersachsen
238 läuft der Windturbo bei Bau und Genehmigungen. In diesem Jahr wurden bis August
239 2022 in Niedersachsen bereits 88 Windkraftanlagen neu ans Netz genommen und 130
240 weitere genehmigt.

241 Im Bund haben wir GRÜNEN mit klaren Regeln dafür gesorgt, dass

242 Genehmigungsverfahren für neue Windparks beschleunigt werden. Im Land und in den
243 Kommunen treten wir dafür ein, dass diese rechtlichen Möglichkeiten auch genutzt
244 werden: Kein Genehmigungsverfahren zum Bau neuer oder zum Repowering bestehender
245 Windparks darf länger als zwei Jahre dauern. Weiterhin wird angeregt, bestehende
246 restriktive Bauleitpläne zur Windenergie auf die fachliche Umsetzbarkeit hin zu
247 überprüfen. Wir wollen die regionalen Genehmigungsbehörden aktiv unterstützen
248 die Verfahren zu beschleunigen. Hierfür haben wir eine Servicestelle Erneuerbare
249 Energie geschaffen, die auch die Kommunen bei Genehmigungsfragen berät. Aktuell
250 erleben wir zudem, dass Neubauprojekte deshalb stocken, weil
251 Schwertransportgenehmigungen der zuständigen Bundesbehörde monatelang auf sich
252 warten lassen. Wir fordern daher, die Genehmigungszeiträume für Schwertransporte
253 auf maximal vier Wochen zu verkürzen. Bisher werden Regionen, die ihrer
254 Verantwortung für den Ausbau der Windenergie in besonderer Weise gerecht werden,
255 dafür mit höheren Netzentgelten „bestraft“. Wir GRÜNEN treten deshalb im Bund
256 und im Land dafür ein, Regionen, die die Windkraft stark ausbauen, mit einer
257 Senkung bei den Netzentgelten zu belohnen.

258 Wir zünden den Solar-Turbo

259 Im Bund hat Robert Habeck dafür gesorgt, die Einspeisevergütung für Dach-
260 Photovoltaik-Anlagen auf ein Niveau anzuheben, das Anreize für die Investition
261 bietet. Gleichzeitig sind bürokratische und steuerliche Hürden beim Ausbau der
262 Photovoltaik (PV) endlich abgeräumt. Die Erleichterungen gelten nicht zuletzt
263 für sogenannte Balkonanlagen, die es auch Mieter*innen ermöglichen, selbst
264 kostengünstig Strom zu erzeugen. Auf Bundesebene haben wir GRÜNEN zudem dafür
265 gesorgt, dass Freiflächen-PV-Anlagen entlang von Autobahnen und mindestens
266 zweigleisigen Schienenwegen als baurechtlich privilegierte Anlagen mit
267 vereinfachten Genehmigungsverfahren gebaut werden. In Niedersachsen werden wir
268 mit einer Novelle des niedersächsischen Klimagesetzes den Bau von PV-Anlagen auf
269 Neubauten, bei Dachsanierungen und über Parkplätzen ab 25 Stellplätzen
270 verpflichtend machen. Damit haben wir bundesweit dafür gesorgt, dass im laufenden
271 Jahr bis zum 1. Oktober PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von mehr als
272 neun Gigawatt neu gebaut wurden. Das bisherige Rekordjahr des PV-Ausbaus 2011 mit
273 7,5 Gigawatt wird somit in diesem Jahr weit übertroffen werden. Um künftig noch
274 schneller noch mehr klimaneutralen Solarstrom zu produzieren, setzen wir uns für
275 einen Abbau rechtlicher Hürden beim bidirektionalen Laden von E-Autos, für eine
276 Gleichstellen von PV-Anlagen mit Eigenversorgung mit reinen Einspeiseanlagen und
277 für eine Abschaffung des 70%-Deckels bei der Einspeisung aus Bestandsanlagen
278 ein. Die Netzbetreiber wollen wir verpflichten, den Netzanschluss spätestens
279 einen Monat nach Anmeldung der Anlage sicherzustellen. Zudem wollen wir den
280 Ausbau der Solarthermie fördern, indem in Niedersachsen die Solarpflicht sowohl
281 mit Anlagen zur Gewinnung thermischer als auch elektrischer Energie erfüllt
282 werden kann.

283 Energiewende in Bürger*innenhand

284 Die Energiewende vor Ort gehört auch in die Hand der Bürger*innen. Deshalb
285 werden wir mit einem Landesgesetz die Beteiligung der Bürger*innen und/oder der
286 Kommunen bei allen neuen Windparks und Freiflächen-PV-Anlagen verpflichtend
287 machen. Auch in unseren Städten und Gemeinden sind es Grüne Rats- und
288 Kreistagsmitglieder, die sich dafür stark machen, Energiegenossenschaften zu
289 gründen und die Kommunen oder kommunalen Unternehmen an Windkraft- und PV-
290 Projekten zu beteiligen. Damit schaffen wir Akzeptanz für die Energiewende,
291 stärken den ländlichen Raum und erhöhen die Wertschöpfung vor Ort.

292 Sparen – die wichtigste Ressource

293 Die wichtigste Ressource für den Klimaschutz ist das Energiesparen. Deshalb hat
294 der Deutsche Bundestag auf Initiative von Robert Habeck am 21. September 2023
295 das Energieeffizienzgesetz beschlossen, mit dem erst mal ein klares Einsparziel
296 von jährlich 500 Terrawattstunden bis 2030 festgeschrieben wird. Mit diesem
297 Gesetz werden auch Länder und Kommunen zu konkreten jährlichen
298 Energieeinsparungen verpflichtet. Das werden wir mit einem Energie- und
299 Umweltmanagementsystem für landeseigene Gebäude umsetzen. Alle Kommunen sind
300 aufgrund des Niedersächsischen Klimagesetzes verpflichtet, erstmals für das Jahr
301 2022 den Energieverbrauch ihrer Gebäude zu ermitteln und in einem Energiebericht
302 darzustellen. Wir werden die Energieberichte nutzen, um konkrete Einsparziele zu
303 setzen, denn die Erfahrung lehrt, dass vor allem in öffentlichen Gebäuden
304 relativ leicht 20 Prozent des Energieeinsatzes durch Gebäudemanagement und
305 gering investive Maßnahmen eingespart werden können.

306 Die günstigste Energie ist die eingesparte Energie. Das gilt auch für den
307 privaten Gebäudebestand, der erhebliches Potential zur Energieeinsparung bietet.
308 Wir GRÜNE setzen uns für die umfassende energetische Sanierung der
309 Bestandsgebäude ein. Sanierung, Umnutzung und Weiternutzung sollte, wo immer das
310 möglich ist, Vorrang vor Neubau haben. Nur so kann die in den Gebäuden
311 gespeicherte sogenannte graue Energie, die Energie, die bei Herstellung der
312 Baustoffe, Transport und Errichtung der Gebäude genutzt worden ist, bewahrt
313 werden. Wir setzen uns ein für verpflichtende Lebenszyklusanalysen (LCA) von
314 Gebäuden, die den wahren Energie- und Ressourcenverbrauch widerspiegeln, über
315 den reinen Verbrauch hinaus, der während der Nutzung entsteht.

316 Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe

317 Mit dem neuen rot-grünen Klimaschutzgesetz machen wir Klimaschutz zur
318 Pflichtaufgabe, nicht nur bei Erstellung von Wärmeplänen, sondern auch bei der
319 Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Dazu erhöht das Land im Rahmen der
320 Konnexität dauerhaft die Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte.
321 Auch für die Unterstützung kleinerer Kommunen bei Klimaschutzfördermaßnahmen
322 gibt es ab 2024 erstmals finanzielle Zuschüsse, damit die Kommunen mehr in
323 Klimaschutz und Energieeinsparung investieren.

324 Wir setzen die Wärmewende vor Ort um

325 Am 8. September 2023 haben wir GRÜNEN in Regierungsverantwortung im Bund dafür
326 gesorgt, dass mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) die
327 entscheidenden Weichen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung gestellt werden.
328 Damit gehen wir die Mammutaufgabe endlich an, den Wärmesektor klimaneutral
329 umzugestalten. Das ist vor allem auch deshalb dringend nötig, weil er deutlich
330 mehr als die Hälfte unseres Energieverbrauchs ausmacht, von dem weniger als 20
331 Prozent aus regenerativen Quellen gedeckt wird. Mit einer sozial gestaffelten
332 staatlichen Förderung von bis zu 70 Prozent der Umbaukosten sorgen wir dafür,
333 dass Hauseigentümer*innen beim Umbau ihrer Heizungsanlage massiv unterstützt
334 werden. Großzüge Übergangsfristen für Bestandsgebäude und das Koppeln an die
335 kommunale Wärmeplanung schaffen frühzeitig Planungssicherheit für die
336 Bürger*innen auch für den Fall, dass die eigene Heizung unreparierbar defekt
337 ist. Mit einer kostenlosen verpflichtenden Energieberatung im Falle des Kaufs
338 oder der Renovierung eines Ein- oder Zweifamilienhauses sorgen wir auch
339 innerhalb der Übergangsfristen dafür, dass Eigentümer*innen bei
340 Investitionsentscheidungen nicht in eine Kostenfalle steigender Gaspreise
341 geraten. Denn da sich künftig die Kosten für das Gasverteilernetz auf immer
342 weniger Haushalte verteilen, die noch mit Erdgas heizen, werden die

343 Energiekosten entsprechend steigen. Grundlage dafür ist das Zusammenspiel von
344 gleichzeitig steigenden CO₂-Preisen und den wachsenden Kosten für das
345 Gasverteilernetz.

346 Mit ökonomischer und ökologischer Vernunft

347 Das GEG gibt das Ziel vor, beim Heizen mindestens 65 Prozent aus erneuerbarer
348 Energie zu nutzen. Als Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses lässt das GEG
349 offen, wie dieses Ziel erreicht wird. Wir setzen vor allem auf die mit
350 erneuerbaren Energien betriebene Wärmepumpe und intelligente Ab- und
351 Fernwärme Konzepte. Andere Alternativen wie Holzheizungen, Biomethan oder auch
352 der Einsatz von grünem Wasserstoff mögen in besonderen Einzelfällen zum Einsatz
353 kommen. Holz ist knapp und deshalb werden schon heute angeblich klimaneutrale
354 Holzpellets aus gesunden rumänischen Urwaldbäumen produziert. Auch den Umstieg
355 von Kohlekraftwerken auf Holzkraftwerken aus Importholz wie in Wilhelmshaven
356 lehnen wir weiter ab. Der Biodiversität, aber auch dem Klimaschutz wird damit
357 ein Bärendienst erwiesen. Gebäudebestand, Leitungsnetz, Zugang zu erneuerbaren
358 Energien und Energiespeicher sind in den Kommunen unterschiedlich. Bei der
359 Planung werden die Kommunen unterstützt. Wir treten dafür ein, Holz als
360 Brennstoff höchstens in dem Umfang einzusetzen, in dem es in heimischen Wäldern
361 als Rest- und Schadholz dauerhaft anfällt. Maßgeblich sind dabei unsere Ziele
362 für einen naturnahen Umbau unserer Wälder. Auch das Produzieren von Biomethan
363 ist nur begrenzt möglich. Grund sind die zur Verfügung stehenden begrenzten
364 Flächen, auf denen eine nachhaltige Landwirtschaft sowohl die Ernährung sichern
365 soll als auch für eine arten- und abwechslungsreiche Kulturlandschaft sowie für
366 den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen. Statt Biomethan zum
367 Heizen zu verbrennen, kann es zudem viel effizienter als Treibstoff eingesetzt
368 werden, etwa im Schwerlasttransport oder in der Landwirtschaft, wo
369 Verkehrsmittel bisher kaum oder nur schwer elektrifizierbar sind. Gleiches gilt
370 für grüne, aus sauberen Energien hergestellte Wasserstoffprodukte. Dennoch
371 brauchen wir sie dringend, um industrielle Prozesse in der Stahl-, Chemie- oder
372 Zementindustrie zu dekarbonisieren. Um Wasserstoffderivate – von Ausnahmen
373 abgesehen – zum Erzeugen von Wärme einzusetzen, sind sie zu knapp und zu teuer.
374 Deshalb ist es ein Trugbild, wenn leider inzwischen auch Energieversorger
375 behaupten, man könne Erdgas in den bestehenden Leitungen einfach nur durch
376 Biomethan oder Wasserstoff ersetzen. Dem treten wir entschieden entgegen.

377 Wärmeinfrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge

378 Trotz massiver staatlicher Förderung ist und bleibt der klimaneutrale Umbau der
379 Wärmeversorgung vor allem für private Eigentümer*innen von Häusern und Wohnungen
380 eine erhebliche Investition. Diese Investition zu stemmen, wird vor allem für
381 viele ältere Menschen ein Problem werden, deren Häuser und Wohnungen nicht den
382 neueren energetischen Standards entsprechen. Sie werden vielfach Mühe haben,
383 dafür bei ihrer Bank noch einen Kredit zu bekommen – obwohl sich die Investition
384 durch Heizkostensparnisse wirtschaftlich rentiert. Wir brauchen zudem neben
385 der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus auch eine soziale Wärmewende, die gezielt
386 einkommensschwache Haushalte beim Klimaschutz unterstützt.
387 Wir GRÜNE treten dafür ein, überall dort, wo eine zentrale Wärmeversorgung in
388 Form von Fern- oder Nahwärme oder mit dezentralen Quartierslösungen technisch
389 und wirtschaftlich möglich ist, diese auch zu realisieren. Für uns ist die
390 Wärmeinfrastruktur – soweit realisierbar – Teil der öffentlichen
391 Daseinsvorsorge, für deren Bereitstellung die Kommunen in der Verantwortung
392 stehen.

393 Wärmeversorgung in kommunaler Hand

394 Die zentrale Wärmeversorgung in Form von Fern- oder Nahwärme gehört in die Hand
395 der Kommunen, die diese selbst oder über ein kommunales Unternehmen aufbauen und
396 betreiben. Seinen Strom- und Gasversorger kann man leicht wechseln, den
397 Wärmeversorger nicht, denn Wärme ist nicht über weitere Strecken
398 transportierbar. Dadurch sind die Marktmechanismen im Bereich der zentralen
399 Wärmeversorgung weitgehend außer Kraft gesetzt. Nur mit einer demokratisch
400 kontrollierten Wärmeversorgung in kommunaler Hand schützen wir die Bürger*innen
401 bestmöglich vor den Profitinteressen privater Unternehmen. Für viele kleinere
402 Stadtwerke wie auch für noch zu gründende kommunale Wärmeversorger sind die
403 hohen Investitionskosten zum Aufbau einer regenerativen Wärmeversorgung samt
404 Leitungsnetzen eine Herausforderung. Deshalb stehen wir auf der Bundesebene
405 dafür ein, die bisher hohen Förderquoten für das Planen und Aufbauen der
406 kommunalen Wärmenetze mindestens beizubehalten. Von Seiten des Landes wollen wir
407 die Investitionen kommunaler Energieversorger in eine neue Wärmeinfrastruktur im
408 Bedarfsfall mit Bürgschaften absichern. Für viele Kommunen ist es häufig schwer,
409 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wenn sie zugleich massiv in
410 Klimaschutzmaßnahmen investieren. Wir treten in der Landesregierung dafür ein,
411 die Anforderungen des Landes an die Kommunen in diesen Fällen zu lockern. Dessen
412 ungeachtet gilt grundsätzlich: Zur Bewältigung der Investitionen in die
413 Transformation der Wärmeversorgung sind die niedersächsischen Kommunen bisher
414 finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Das hat jüngst auch die Bertelsmann-
415 Stiftung in ihrem Kommunalreport festgestellt: „In vielen Kommunen
416 Niedersachsens sind die finanziellen Grundlagen der Nachhaltigkeits-
417 Transformation nicht gegeben“ heißt es dort. Deshalb treten wir dafür ein den
418 kommunalen Finanzausgleich für die niedersächsischen Kommunen in den kommenden
419 Jahren sukzessive mindestens auf den Durchschnitt der westdeutschen
420 Flächenländer anzuheben – bisher liegt er um 7% oder rund 800 Mio. Euro jährlich
421 darunter. Darüber hinaus ist es erforderlich, die Investitionen insbesondere der
422 kleineren kommunalen Energieversorger in die kommunale Wärmeversorgung über
423 Landesbürgschaften abzusichern, auch dafür treten wir GRÜNEN in Niedersachsen
424 ein.

425 Kerntechnologie der Wärmewende in Niedersachsen ist Geothermie

426 Neben der Abwärme aus industriellen Prozessen, aus Rechenzentren, aus
427 Hauptleitungen der kommunalen Kanalisation und aus Kläranlagen steht als
428 effiziente Wärmequelle für die zentrale Wärmeversorgung in allererster Linie die
429 Geothermie zur Verfügung. Laut des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie
430 sind die Potenziale für oberflächennahe Geothermie an fast jedem Standort in
431 Niedersachsen vorhanden. Erdwärme liefert ab 15 Meter Tiefe konstant eine
432 Temperatur von etwa zehn Grad. Erdwärmekollektor- und Erdwärmesondensysteme sind
433 in Niedersachsen fast überall einsetzbar. In Verbindung mit der Wärmepumpe
434 erreichen wir eine sehr effiziente und nachhaltige Wärme. Gleichzeitig entlasten
435 wir die Niederspannungsnetze und sparen viele Investitionen für den Ausbau der
436 Stromnetze. Ein weiterer Vorteil: Wärmepumpen sind nicht nur zum Heizen sondern
437 auch zum Kühlen einsetzbar. Die aufgrund der weltweiten Klimakrise stark
438 steigenden Temperaturen im Sommer, wird den Bedarf an Kühlung und Strom für
439 elektrische Klimaanlage auch bei uns in Deutschland steigen lassen. Deswegen
440 setzen sich die GRÜNEN in den niedersächsischen Kommunen dafür ein, die
441 Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und den Einsatz der oberflächennahen
442 Erdwärme zu fördern.

443 Genehmigungen vereinfachen

444 Insbesondere im Bereich des norddeutschen Beckens, das sich über große Teile
445 Niedersachsens erstreckt, sind die geologischen Ausgangsbedingungen günstig, um
446 die mitteltiefe Geothermie aus 400 bis 1.000 Metern Tiefe zu nutzen. Auch die
447 tiefe Geothermie unterhalb von 1.000 Metern ist grundsätzlich gut nutzbar.
448 Gleichwohl gibt es ein gewisses Fündigkeitsrisiko bei entsprechenden Vorhaben.
449 Wir GRÜNE stehen dafür ein – wie bereits von unserem Umweltminister Christian
450 Meyer in Bad Bevensen und Munster praktiziert – die Fündigkeitsrisiken
451 kommunaler Unternehmen bei geothermischen Bohrungen mit bei Erfolg rückzahlbaren
452 Klimaschutzmitteln abzusichern. Und wir unterstützen die Forderung der
453 Energieministerkonferenz nach einem revolvierenden Bundesfonds zur Absicherung
454 von Tiefengeothermieprojekten. Geothermische Bohrungen in den Untergrund
455 unterliegen zu Recht komplexen rechtlichen Anforderungen, um Schäden für die
456 Umwelt möglichst auszuschließen. Gleichwohl sind für die Planung von
457 geothermischen Bohrungen diese rechtlichen Vorgaben ein erhebliches
458 Planungshemmnis, zeitlich und administrativ. Diese Hemmnisse wollen wir mit den
459 Instrumenten der Raumordnung aus dem Weg schaffen, indem wir zum Beispiel
460 Eignungsgebiete für die mitteltiefe und die tiefe Geothermie im
461 Landesraumordnungsprogramm ausweisen. Aber auch Anlagen, die regenerative Wärme
462 fördern, erzeugen oder speichern, wollen wir im bauplanungsrechtlichen
463 Außenbereich privilegieren – also die Planung und Umsetzung schneller und
464 einfacher ermöglichen. Wir möchten aber auch in Innenbereichen erprobte und
465 akzeptierte Technologien, wie etwa die Solarthermie, stärken, um
466 schnellstmöglich, sicher und nachhaltig den Bedarf für Brennstoffe jedweder Art
467 zu reduzieren. Für Außen und Innen gilt gleichermaßen: Wir müssen Bürokratie
468 abbauen, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen unterstützen wollen.

469 Für eine kommunale Energie-Infrastrukturplanung

470 Wir schaffen Verlässlichkeit für die Bürger*innen und schützen
471 Erdgasverbraucher*innen vor massiven Kostensteigerungen. Das GEG sieht vor, dass
472 ab 2045 kein Erdgas und kein Öl mehr zu Heizungszwecken verbrannt werden darf.
473 Damit wird das Erdgas-Verteilernetz weitestgehend bereits in gut 20 Jahren
474 überflüssig. Verläuft der Ausstieg aus dem kommunalen Erdgas-Verteilernetz
475 ungeplant, werden vor allem die letzten Erdgasverbraucher*innen mit hohen
476 Netzkosten belastet, da die weitestgehend verbrauchsunabhängigen Kosten des
477 bestehenden Netzes auf immer weniger Verbraucher*innen verteilt werden müssen.
478 Deshalb gehen wir GRÜNE in den Kommunen die Planung des Ausstiegs aus dem
479 Erdgasnetz schon jetzt an. Wir treten dafür ein, die Planung des Ausstiegs aus
480 dem Erdgasnetz in eine kommunale Energie-Verteilstrategie einzubetten. Sie
481 sollte sowohl Infrastruktur zur Verteilung von Wärme als auch die Stromleitungen
482 in den Blick nehmen. Denn auch die Stromleitungen müssen ausgebaut werden, wenn
483 in einem Siedlungsbereich als Ergebnis der Wärmeplanung viele neue Wärmepumpen
484 installiert werden müssen. Wir begrüßen die Bemühungen der kommunalen
485 Gasnetzbetreiber, die neue Geschäftsmodelle für den Betrieb neuer kalter
486 Nahwärme-Netze erstellen. Viele Industriebetriebe werden künftig neben Strom
487 auch auf Wasserstoff angewiesen sein. Wir setzen uns dafür ein, hier
488 vorrausschauend zu planen. Wir benötigen ein flächendeckendes leistungsfähiges
489 Stromnetz und einfachen Zugang zu Wasserstoffprodukten in allen Regionen.
490 Abgehängte Räume dürfen im Rahmen der ökologischen Transformation nicht
491 entstehen.
492 Die Bürger*innen wie auch die Wirtschaft müssen sich darauf verlassen können,
493 dass die Energie-Leitungsinfrastruktur nicht zum Hemmnis oder zur Kostenfalle

494 ihrer früheren und künftigen Investitionsentscheidungen wird. Dafür stehen wir
495 GRÜNE!

496 GRÜN wirkt

497 Wir GRÜNEN haben im Bund und im Land in den letzten Monaten viel erreicht: Wir
498 haben nach Putins verabscheuenswürdigen Überfall auf die Ukraine die real
499 drohende Energiekrise mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen
500 abgeschwächt. Wir haben mit zahlreichen Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen dafür
501 gesorgt, zumindest die gravierendsten Folgen der massiven Preissteigerungen für
502 Energie abzufedern. Und wir haben im Bund wie im Land die ersten notwendigen
503 gesetzlichen Änderungen und Fördermaßnahmen zum Gelingen des erforderlichen
504 Transformationsprozesses auf den Weg gebracht. Auch wenn in kurzer Zeit schon
505 vieles erreicht ist: Es liegt noch viel Arbeit vor uns – allen voran in den
506 Landkreisen, Städten und Gemeinden. Dass die Transformation unserer
507 Energieversorgung gelingt, dass wir die zum Überleben der Menschheit auf unserem
508 Planeten verbindlich geregelten Klimaziele einhalten und dabei für einen
509 sozialen Ausgleich sorgen, dafür stehen nur wir GRÜNEN: In Europa, im Bund, in
510 Niedersachsen und in unseren Städten und Dörfern. GRÜN wirkt weiter!